

## 5. Risikobericht in der Rechnung des Kantons Zürich

Postulat André Müller (FDP, Uitikon), Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil) vom 27. März 2023

KR-Nr. 113/2023, Entgegennahme, Diskussion

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Judith Stofer hat an der Sitzung vom 26. Juni 2023 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

*André Müller (FDP, Uitikon):* Wir diskutieren heute eine Motion, die in ein Postulat umgewandelt wurde, das der Regierungsrat entgegennehmen wollte, zu dem aber die AL Diskussion verlangte. Wir diskutieren einen Risikobericht, den wir im Rahmen der Finanzberichterstattung erwarten. Der Regierungsrat beschliesst jährlich den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten, dazu gehören Regierungsrat und Verwaltung, die Rechtspflege sowie die kantonalen Behörden, die von der Jahresrechnung nicht erfasst sind, sowie Anstalten und weitere Organisationen, denen der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann. Die Rechnungslegung soll ein den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechendes Bild der Risikolage des Kantons vermitteln. Die Rechnungslegung soll zudem den Grundsätzen der Verständlichkeit, Wesentlichkeit, Zuverlässigkeit und der Vergleichbarkeit dienen und nach allgemeinen anerkannten Normen erstellt werden.

Mit diesem Postulat soll der Regierungsrat aufzeigen, wie die Rechnungslegung durch einen Zusatzbericht so erweitert werden kann, dass ein ganzheitlicher Überblick über die finanziellen Risiken für den Kanton entsteht, welcher es der Regierung und dem Kantonsrat erlaubt, diese Risiken entsprechend zu bewerten und zu verwalten. Der Grund dafür ist, dass zahlreiche wichtige Unternehmen des Kantons Zürich, wie die Gebäudeversicherungsanstalt (GVZ), die EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), die AXPO (*Schweizer Energiekonzern*) und die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) ganz und teilweise dem Kanton Zürich gehören und einen wesentlichen Einfluss auf die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons Zürich haben können. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass neben der ZKB auch die Risiken der AXPO und der EKZ zum Teil erheblich schwanken können.

Im Kanton Zürich werden staatsnahe Betriebe, wie zum Beispiel das USZ (*Universitätsspital Zürich*), das KSW (*Kantonsspital Winterthur*) und die UZH (*Universität Zürich*), konsolidiert in der Bilanz und Erfolgsrechnung des Kantons Zürich geführt. Wir haben uns überlegt, ob wir eine konsolidierte Rechnung verlangen, ähnlich wie dies auf Bundesebene gemacht wird. Das hat sich aber besonders bezüglich der ZKB als nicht zielführend herausgestellt. Die Bilanz der ZKB umfasst rund 200 Milliarden Franken, die Bilanz des Kantons Zürich rund 25 Milliarden, ist also achtmal kleiner. Bei einer Konsolidierung würden wir den Kanton

Zürich in die ZKB konsolidieren. Man würde kaum etwas sehen, wenn die ZKB den Kanton Zürich schlucken würde.

Ich denke, dies zeigt, wieso wir zwingend einen Risikobericht bezüglich der grossen unabhängigen Bilanzen im Kanton Zürich benötigen. Die mangelnde Datenerhebung verhindert im Moment einen ganzheitlichen Überblick über die finanziellen Belastungen und Risiken des Kantons Zürich. Insbesondere soll der Kanton aufzeigen, wo und in welchem Rahmen der Kanton Nachschusspflichten hat, insbesondere auch bei den nicht oder obenerwähnten Unternehmen, zum Beispiel bei Zweckverbänden und einfachen Gesellschaften. Wir erhoffen uns, dass der Kanton Zürich durch diese Vorlage seine finanziellen Risiken und Verpflichtungen in Zukunft besser steuern und damit bessere Rahmenbedingungen für uns alle schaffen kann. Ich danke Ihnen für die Überweisung des Postulats.

*Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf):* Ja, ich hatte tatsächlich den Ablehnungsantrag gestellt. Wir haben uns aber jetzt in der Alternativen Liste unbesonnen und unterstützen das Postulat. Denn wir sind eigentlich für Transparenz und es ist ein Beitrag zu mehr Transparenz in den Finanzen und den Risiken des Kantons Zürich. Jetzt diskutieren wir halt, okay, gut, die Alternative Liste überweist das Postulat.

*Roland Kappeler (SP, Winterthur):* Ich bin froh, dass die Motionäre der Umwandlung in ein Postulat zugestimmt haben. Warum? Ihre ursprüngliche Motion ist nämlich ein Konglomerat oder eher ein diffuser Brei von Argumenten, das noch viel unübersichtlicher ist als die Kantonsrechnung, die sie kritisieren. Meine Detailausführungen, die ich jetzt trotzdem halte, sind etwas technisch. Ich entschuldige mich jetzt schon dafür, aber das lässt sich bei diesem Thema kaum vermeiden.

Mit dem ersten Satz des jetzigen Postulats, «Paragraf 44 CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) soll ergänzt werden, damit die Rechnung die Risikolage des Kantons den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechend abbildet» bin ich inhaltlich einverstanden; das kann man verlangen und machen. Aber Paragraf 44 ist eigentlich der falsche Ort, das CRG behandelt nämlich in Abschnitt D, wo Paragraf 44 zu finden ist, die Rechnungslegung, und da sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bereits heute abgebildet. Die Analyse der Risikolage und die darauf aufbauende Risikosteuerung, das ist eben genau Controlling, das ist in Abschnitt B geregelt. Und dort ist der Umgang mit Risiken eigentlich in Paragraf 7 bereits erwähnt – aber okay. Satz 2: Die hier verlangten Eigenschaften sind in Paragraf 45 CRG bereits aufgeführt, genau in diesem Wortlaut. Die Forderung ist also überflüssig. Satz 3, eine Zusatzberichterstattung zur Rechnungslegung: Ich verstehe darunter einen Anhang zu Bilanz und Erfolgsrechnung. Ja, warum nicht alle finanziellen Risiken des Kantons zeigen? Qualitativ im Sinne einer Aufzählung, ja, aber all diese Risiken quantifizieren? Das ist meines Erachtens ein frommer Wunsch. Wir versuchen das in der AWU (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen*) zum Beispiel schon heute nach bestem Wissen und Gewissen. Bei der ZKB schaffen wir das im besten Fall mithilfe ausführlicher

Berichte der Revisionsstelle und der Möglichkeit, im direkten Gespräch nachzufragen. Bei Minderheitsbeteiligungen, wie AXPO oder Flughafen Zürich AG, kommen wir als Parlament gar nicht an die notwendigen Informationen und Zahlen heran. Eine Risikoquantifizierung lässt sich also in einem Zusatzbericht nicht so einfach machen.

In der Begründung zur Motion steht er dann endlich, der Elefant im Raum, um den es den Motionären ja hauptsächlich geht, das Wort «Konsolidierungskreis», und Herr Müller hat das zu Beginn seines Votums auch so gesagt. Ja, der Regierungsrat bezeichnet diesen. Wenn ich nun aber die Motion und die Beispiele, die erwähnt sind, durchgehe, sieht man schnell, warum der Regierungsrat zu unterschiedlichen Schlüssen gelangen kann. Es gibt sehr verschiedenartige Beteiligungen, die man auch unterschiedlich behandeln muss. Einverstanden bin ich, dass man selbstständige Anstalten, wie die GVZ und die EKZ, genauso gut konsolidieren kann wie die anderen Anstalten, Uni und Unispital. Bei der AXPO, die erwähnt ist, handelt es sich aber eben um eine Minderheitsbeteiligung. Der Kanton kann diese AG nicht im Wesentlichen beeinflussen und damit fehlt genau das nach herrschender Lehre notwendige und auch im CRG erwähnte Merkmal für eine Konsolidierung. Und noch komplizierter wird es bei der ZKB, Herr Müller hat es gesagt. Ja, gemäss reinem Buchstaben des Gesetzes müsste man auch sie konsolidieren, aber meines Wissens konsolidiert kein Konzern der Welt eine Bank zusammen mit Gesellschaften aus anderen Branchen, weil Bank-Bilanzen nun einmal Risiken anders abbilden als andere Bilanzen. Und in der Kantonsrechnung würde eine Konsolidierung dann wohl dazu führen, dass der Schwanz, die ZKB, mit dem Hund, dem Kanton, wedeln würde; genau so hat es ja auch Herr Müller beschrieben.

Genau deshalb, weil man die verschiedenen Beteiligungen des Kantons verschieden betrachten und behandeln muss, ist ein Postulat der richtige Weg. Der Regierungsrat soll uns in einem Bericht darlegen, wie die Risikosituation des Kantons besser dargestellt werden kann. Dann schauen wir weiter, was zu machen ist. Als Postulat unterstützt die SP diesen Vorstoss.

*Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil):* Zuallererst ein Dank an den Finanzdirektor für die Bereitschaft, diesen Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Dies zeigt, dass ein gewisses Problemverständnis in Bezug auf Lücken in der Übersicht der Risikoberichterstattung vorhanden ist, und gibt zu erkennen, dass Potenzial zur Erweiterung der heutigen Berichterstattung vorhanden scheint.

Warum wird diese Einschätzung durch die Mitte begrüsst? Schon bald werden wir in diesem Rat die Jahresrechnung beraten und abnehmen. Dies ist üblicherweise eine unspektakuläre Routine und hat in den vergangenen Jahren kaum Anlass zu vielen kritischen Wortmeldungen gegeben. Häufig waren die Mitglieder sorglos in der Einschätzung der vorhandenen finanziellen Risiken in den Büchern des Kantons Zürich, möglicherweise aus Ahnungslosigkeit oder aus Unwissen. Gerade die Beratung des Geschäftsberichts 2021 liefert einen anschaulichen Beleg für den Handlungsbedarf in der Rechnungslegung und der zugehörigen Risiko-Rapportierung: Am 11. Juli 2022 wurde im Kantonsrat der Geschäftsbericht

2021 des Regierungsrates behandelt. Kaum zwei Monate später, am 6. September 2022, hat der Bundesrat einen Rettungsschirm aufgespannt und der AXPO einen Kreditrahmen von 4 Milliarden Franken zur Verfügung gestellt. Der Kanton Zürich ist direkt und via EKZ mit rund 36 Prozent an der AXPO beteiligt. In der Beteiligungsübersicht werden hier lediglich 67 Millionen Franken an Wert ausgewiesen. Hier drängt sich die Frage auf, warum wir bei der Prüfung der Jahresrechnung diese Entwicklung und die daraus resultierenden Risiken nicht gesehen haben.

Im rund 30-seitigen Kantonsratsprotokoll der Beratung des Geschäftsberichts 2021 kommt der Begriff «Risiko» fünfmal vor und die AXPO wird siebenmal erwähnt, jedoch nicht in einem Zusammenhang, der erahnen lässt, dass schon wenige Wochen später der Bund als Bürge für Sicherheit einspringen muss. Es ist zu hoffen, dass dieses krasse Beispiel eine Ausnahme bleiben wird. Doch bei rund 3 Milliarden Franken Beteiligungen im Verwaltungsvermögen und knapp 70 Millionen Franken Beteiligungen im Finanzvermögen ist die Ergänzung der Rechnungslegung um eine Übersicht der finanziellen Risiken durchaus angezeigt.

Die Mitte-Fraktion ist gespannt auf den Bericht des Regierungsrates und begrüsst zeitnahe Massnahmen zur Erweiterung der Berichterstattung im Finanzbericht. Wir überweisen das Postulat.

*Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach):* Ich kann es kurz machen: Die Mitunterzeichner haben die Problematik sehr gut aufgezeigt, und die SVP ist dem Regierungsrat dankbar, dass er bereit ist, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen. Das zeigt auch eine gewisse Dringlichkeit respektive Wichtigkeit des Themas. Die SVP wird dem Postulat also selbstverständlich zustimmen. Besten Dank.

*Beat Bloch (CSP, Zürich):* Das Postulat verlangt einen Risikobericht als Teil der Rechnungslegung und nennt dabei zahlreiche wichtige Unternehmen, wie die GVZ, die EKZ, die AXPO und die ZKB. Vergessen wurde in dieser Aufzählung wohl der Flughafen. Wenn Sie die Namen dieser Organisationen hören, dann sollte es Ihnen eigentlich in den Ohren klingeln. Ja, genau, es sind diejenigen Unternehmen, mit denen sich eine Kommission dieses Rates intensiv beschäftigt. Die AWU schaut sich diese Unternehmungen genau an. Sie berichtet auch jedes Jahr über diese Unternehmungen im Rat. Das ist dann, wenn die meisten Ratsmitglieder aufstehen und den Saal verlassen, um sich um andere Geschäfte zu kümmern, die ihnen wichtiger erscheinen.

Es hat gute Gründe, dass der Kantonsrat nicht alle Informationen über die beaufsichtigten Unternehmen allgemein zugänglich macht. Es sind die Unternehmungen des Kantons und wir haben alles Interesse daran, dass wir mit der Oberaufsicht zuerst intern auf Schwachstellen bei unseren Unternehmungen hinweisen und nicht gleich immer alles in einem Risikobericht an die grosse Glocke hängen. Der Flughafen und die AXPO, an denen wir ja nur Beteiligungen haben, sind börsenkotierte Unternehmungen. Der Staat tut gut daran, sich bei Risikobeurteilungen von börsenkotierten Unternehmen zurückzuhalten. Wenn wir hier öffentliche Diskussionen über Risiken, börsenkotierter Unternehmen abhalten, kann dies

kursrelevant sein und dies ist nach unserer Auffassung auf jeden Fall zu unterlassen.

Dann noch ein Wort zur ZKB: Da sind wir als Kantonsrat der Eigentümer, da hat die Regierung gar nichts zu sagen. Wenn wir hier einen Risikobericht einführen, dann richten wir damit auch eine zweite Oberaufsicht durch die Regierung ein. Damit schwächen wir den Rat selber und das wollen die Grünen nicht. Roland Kappeler hat eindrücklich dargelegt, welche Voraussetzungen gesetzlicher Natur hier auch noch zu überwinden sind, damit so ein Bericht im Rahmen der Rechnungslegung ausgeführt werden kann.

Zusammenfassend halten wir fest, dass wir bereits eine Kommission haben, die eine Risikoüberprüfung macht und darüber regelmässig im Rat berichtet. Die Kommission wägt sorgfältig ab, welche Informationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und welche nicht öffentlich gemacht werden sollen. Eine zusätzliche Berichterstattung des Regierungsrates ist nach unserer Auffassung nicht zielführend. Wir lehnen das Postulat ab.

*Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen):* Stellen Sie sich vor, Sie hätten eine Firma, die höchst professionell geführt wird. Stellen Sie sich vor, Sie hätten eine Firma, die stabile Ergebnisse publiziert. Stellen Sie sich vor, Sie hätten eine Firma, die hohe Finanzen hat und noch flexibel ist. Wissen Sie, wie diese Firma heisst? Das ist der Kanton Zürich. Und wissen Sie, wie die Risiken vom Kanton Zürich beurteilt werden? Mit einem «Triple A». Und wissen Sie, was ein «Triple A» ist? Das ist die beste Note, die Sie erhalten können. Also ich möchte mich einmal bedanken bei all jenen, die hier mitarbeiten, dass der Kanton Zürich – nicht in der Einschätzung von Scognamiglio, EVP, sondern von grossen Rating-Agenturen – das beste Rating hat, das Sie haben können. Also wenn wir jetzt etwas fordern, dann ist das wirklich Pedicure auf höchstem Niveau. Wir haben nichts gegen einen Zusatzbericht. Es wird sicher interessant, es ist dann nice-to-have, Aber überlegen Sie sich mal: Wovon hängen dann die Einnahmen ab, wann schwanken sie? Sie hängen ab von mehr oder weniger Steuern. Können wir das beeinflussen? Ich denke, nicht. Es hängt ab vom Gewinn der SNB (*Schweizerische Nationalbank*). Können wir das im Kantonsrat beeinflussen? Ich denke, auch nicht. Es hängt ab vom Ergebnis der ZKB. Können wir das beeinflussen? Ich denke, auch nicht. Auf der Ausgabenseite: Wovon hängen denn die Risiken ab? Die hängen beispielsweise ab von IT-Projekten, die in der Regel dreimal so teuer sind und doppelt so lange dauern. Vielleicht haben wir dort einen kleinen Einfluss. Aber sie hängen auch ab von den Personalkosten.

Also zusammenfassend würde ich sagen: Es wird spannend sein, diesen Bericht zu lesen über eine Firma, die bereits ein «Triple A» hat, über eine Firma, die höchst professionell geführt wird. Daher werden wir das unterstützen, ohne die Illusion zu haben, dass wir dann als Kantonsrat gross die Steuern verändern und die Konjunktur ändern könnten. Daher sage ich Danke für das «Triple A», und wir freuen uns auf diesen zusätzlichen Nice-to-have-Bericht. Danke.

*Ronald Alder (GLP, Ottenbach):* Das Postulat verlangt, dass die Rechnungslegung ein den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechendes Bild der Risikolage des Kantons vermittelt. Insbesondere soll die Rechnungslegung durch eine Zusatzberichterstattung so erweitert werden, dass ein ganzheitlicher Überblick entsteht, der die gesamten finanziellen Risiken für den Kanton zeigt. Und es soll der Regierung und dem Kantonsrat erlauben, die Risiken zu erkennen, zu evaluieren und entsprechend zu handeln. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass neben der ZKB auch die Risiken der AXPO und der EKZ zum Teil erheblich schwanken können. Zudem ist der Kanton an verschiedenen Organisationen beteiligt, insbesondere auch an sogenannten einfachen Gesellschaften. Diesem Umstand ist in Zukunft Rechnung zu tragen. Die mangelnde Datenlage verhindert einen ganzheitlichen Überblick über die finanziellen Belastungen und Risiken des Kantons Zürich. Die Grünliberalen überweisen darum das Postulat.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Ich begrüsse auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse der Schule Allenmoos.

*André Müller (FDP, Uitikon) spricht zum zweiten Mal:* Natürlich möchte ich mich bedanken für die sehr breite Unterstützung dieses Postulats. Vielleicht noch ein paar Ergänzungen zu ein paar Votanten:

Herr Kappler, es ist natürlich schwierig, Risiken zu qualifizieren beziehungsweise zu quantifizieren. Aber ich kann Ihnen sagen, es gibt ganz viele, sehr kluge Berater und so weiter, die das täglich machen. Es ist nicht so, dass es dann unbedingt eine Richtigkeit in jedem einzelnen Franken widerspiegelt, aber wenn man das gleiche Modell immer und immer wieder darüber laufen lässt, sieht man in diesem Modell zumindest die Veränderungen. Und ich glaube, das wäre sicher interessant für das Parlament und auch für die Regierung.

Bezüglich Herrn Bloch: Es heisst natürlich nicht, dass jeder Risikobericht unbedingt öffentlich sein muss. Wir kennen das sehr gut, der Finanzkontrollbericht liegt den meisten von Ihnen nicht vor, ist aber ein ganz wichtiges Risikosteuerungsinstrument, das die Finanzkommission und ausgewählte Kommissionen, die darin vorkommen, haben. Ich könnte mir ohne Weiteres vorstellen, dass es auch in einem Risikobericht Teile gibt, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind.

Und dann noch zu Herrn Scognamiglio: Ja, es ist ein «Triple A». Aber ich muss Ihnen das nicht sagen – Sie führen auch eine Unternehmung, die hoffentlich fast ein «Triple A» hat, Sie haben sicher Ihre Risiken im Griff –, alle Unternehmen, die ein «Triple A» oder ein hohes Rating haben, wissen bis ins hinterste Detail, wo ihre grossen Risiken liegen, und darum geht es mir. Es geht mir nicht darum, dass wir alle diese Risiken verhindern können, aber dass wir zumindest wissen, wo die Risiken liegen, und das erhoffe ich mir aus diesem Bericht. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

*Regierungsrat Ernst Stocker:* Es wurde ja bereits gesagt, die Regierung ist bereit, diese Fragestellungen und auch die Transparenz zu den Risiken zu prüfen und in einem Postulat entgegenzunehmen. Wir sind auch der Meinung, nach 15 Jahren

CRG sei es gut, wenn wir diese Fragen wieder einmal anschauen. Aber ich möchte doch festhalten: Im Finanzbericht wird transparent offengelegt, wie sich die Konsolidierungskreise heute zusammensetzen. Informationen zu bedeutenden Risiken und zu Veränderungen bei den nicht konsolidierten Beteiligungen sind heute im Beteiligungsbericht, Teil 3 des Geschäftsberichts, enthalten. Aber sicher ist es gut, wenn man das nochmals anschaut.

Ich möchte noch zwei Bemerkungen zur jetzigen Debatte machen. Das Erste, was mich schon immer etwas erstaunt – ich weiss, dass es so ist, aber es erstaunt mich immer wieder –, ist, wenn man hier im Rat sagt, zur ZKB habe die Regierung gar nichts zu sagen. Das stimmt zwar, aber wer hat bei der OECD-Besteuerung (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gemeint ist KR-Nr. 249/2023*) die Arbeit gemacht, der Sie jetzt zugestimmt haben? Wer hat das vorbereitet? Wer hat dieses Gesetz gebracht? Die Verwaltung und auch ein bisschen die Regierung. Wer hat bei den Too-big-to-fail-Fragen, die wir für die systemrelevante ZKB machen mussten, mitgearbeitet und mitgeholfen? Ich sage jetzt nicht «die Regierung», aber die Verwaltung. Und deshalb finde ich es manchmal etwas schade, dass man immer so gegeneinander spielt. Selbstverständlich wissen wir: Die ZKB ist eine Parlamentsbank. Aber ich glaube, es ist im Sinne des Kantons Zürich, wenn Sie schon immer von Transparenz reden, dass man auch sagt, wer welche Aufgaben wahrnehmen soll. Und wenn man nur sagt, die Regierung habe gar nichts zu sagen und sie habe sich nicht mehr um all diese Fragen kümmern müssen, ja, dann wäre es wahrscheinlich auch nicht im Sinne des Kantons oder der ZKB.

Zweiter Teil, Risikobericht: Es wurde das Beispiel der AXPO angeführt. Wenn Sie glauben, mit den Transparenzregeln hätte man dieses Risiko – ausgelöst durch den Ukraine-Krieg 2022 und die enorme Explosion der Energiepreise und insbesondere der Strom- und die Gaspreise, die es so noch nie gegeben hat und die in keinem Risiko dargestellt werden konnten – im Kanton Zürich abfedern können, dann muss ich Ihnen sagen: Das wird nicht gehen. Einfach als Beispiel: Die AXPO hatte 2022 eine Bilanz von 80 Milliarden Franken, und jetzt, 2023, eine von 40 Milliarden Franken. Da sehen Sie mal dieses Auseinanderklaffen. Und ich möchte noch etwas sagen, ich habe es in Bundesbern letzthin auch gesagt: Der Rettungsschirm war für die Strombranche – nicht nur für die AXPO, sondern für alle grossen Player der Strombranche – eigentlich die eleganteste Lösung, die die Schweiz machen konnte. Sie kostete niemanden auch nur einen Franken. Der Bund nahm etwa 30 Millionen Franken Risikokapital ein. Der Rettungsschirm wurde nicht gebraucht, es war eine Win-win-Lösung. Und ich muss Ihnen auch sagen: Wir hätten das nicht machen können. Wenn ich in zehn Tagen 2 Milliarden Franken von Ihnen erhalten müsste, dann müsste man auch noch eine Volksabstimmung machen, man müsste die Referendumsfrist abwarten. Und wenn Sie das Geld in zehn Tagen brauchen, kann es nur der Bund mit Notrecht machen. Andernfalls werden wir diesen Unternehmen solche Eigenkapitalvorschriften machen müssen, dass sie keinen Franken mehr jemals in neue Energieformen investieren können. Hier sind wir in einem Dilemma. Wir diskutieren diese Frage jetzt

mit dem Bund, wie man das machen soll. Aber ich möchte einfach nochmals sagen: Der Rettungsschirm war eigentlich ein gutes Beispiel, wie man in einer ausserordentlichen Situation in diesem Land eine Lösung gefunden hat, die zuletzt allen geholfen hat.

Besten Dank. Die Regierung ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 149 : 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 113/2023 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.